

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgroschkasse Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmiltka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Wähe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

**Ständige Wochenbeilagen:** „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 117

Bad Schandau, Freitag, den 20. Mai 1927

71. Jahrgang

## Das Martyrium der Deutschen in Polnisch-Oberschlesien

### Polnische Anmaßung.

Pippine, 19. Mai. In der letzten Gemeindevorversammlung wurde von der polnischen Fraktion ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, nach dem in Zukunft die deutschen Vertreter sich bei den Sitzungen nur der polnischen Sprache bedienen sollen. In der Begründung des Antrages wurde von dem Sprecher der polnischen Fraktion wörtlich erklärt: „Wir Staatsbürger erster Klasse können nicht zulassen, daß uns Staatsbürger zweiter Klasse, das sind die Vertreter der Minderheit, terrorisieren.“

### Neue Polnische Unverschämtheiten.

Kattowiz, 19. Mai. In einer Versammlung des Aufständischen-Bundes in Chorzow wurde eine Entschließung angenommen, in der der Wojewode aufgefordert wird, den Deutschen Volksbund aufzulösen, die Optanten auszuweisen und die Leitung der Minderheitsschulen einem polnischen Rektor zu übertragen, der das Vertrauen der Aufständischen genießt. Ferner wurde Entziehung der Konzession aller Gastwirte und Tabakfabrikanten verlangt, deren Kinder die deutsche Schule besuchen.

Die heutige Ausgabe des Oberschlesischen Kuriers und der Kattowitzer Zeitung wurde wiederum, und zwar wegen der Veröffentlichung des Protokolls der deutschen Abgeordneten an Marschall Pilsudski beschlagnahmt.

### Unruhen in Gnesen.

Posen, 19. Mai. Seeben wird gemeldet, daß heute in Gnesen Straßenunruhen stattfanden. Einzelheiten fehlen.

### Die Deutschenverfolgungen in Rybnik.

Nach einer Meldung aus Kattowiz ist entgegen den Meldungen der polnischen Telegraphen-Agentur, die berichtet, daß die Wahlen in Rybnik ruhig verlaufen seien, festgestellt, daß zurzeit noch 40 am Wahltage von den Polen schwer verletzte Deutsche in den Krankenhäusern liegen. Man ist in den dortigen deutschen Kreisen fest davon überzeugt, daß die überall zu verzeichnenden neuen Gewalttaten systematisch nach feststehenden Plänen durchgeführt werden, die mit Wissen des Wojewoden vom Westmarken-Berein und dem Verband der Aufständischen ausgearbeitet sind.

### Französische und englische Vorstellungen in Warschau

Nach einer Meldung aus Warschau verlautet dort, daß der französische und englische Gesandte in einer Unterredung mit Außenminister Jaleski diesem Kenntnis von dem peinlichen Eindruck gegeben haben soll, den die schweren Ausschreitungen gegen die Deutschen als ein Symptom der Entwicklung der Lage in Ostoberschlesien in England und Frankreich gemacht habe.

### Für eilige Leser.

\* Staatssekretär von Schubert, der seinen Urlaub in Marienbad verbringt, weilte einen Tag in Prag und hatte mit Außenminister Beneš eine längere Unterredung.

\* Die gestrigen Beratungen des Agherausschusses der bürgerlichen Regierungsparteien haben die vollständige Einigung über die Präsidentschaftswahl ergeben. Sämtliche deutschen und tschechischen Parteien der Mehrheit werden für den Präsidenten Masaryk stimmen. Den Slowaken wird die Wahl freigegeben. Sie bestanden aber nicht auf ihrem früheren Beschlusse, als Partei gegen Masaryk zu stimmen. Als Kompensation wurde die Aufhebung der tschechischen sozialistischen Kirchengüter zugestanden. Da auch die tschechischen sozialistischen Parteien für Masaryk stimmen werden, ist diese Wahl gesichert.

\* Auf der Zeebe „Karolina“ in Gerthe-Harpen bei Hagen wurden drei Bergleute von herabfallendem Gestein verschüttet und schwer verletzt.

\* Nach einer Erzanger-Meldung wurden bei einem Tornado in Indianapolis mehrere Häuser sowie das Elektrizitätswerk zerstört. 25 Personen wurden verwundet. Bisher unbefähigte Meldungen sprechen von 4 Toten. Der Schaden wird auf 4 Millionen Mark geschätzt.

## Das waffenstarrende Polen.

Von Ferdinand Rauch.

Polnische Militärs widerstehen nie der Verlockung, in fäbelhaften Kundgebungen mehr oder weniger verhüllt Front gegen Deutschland zu machen und prahlend die Fortschritte des Militarismus hervorzuheben. Seit der damalige Kriegsminister Sikorski vor zwei Jahren bei seinem Aufenthalt in Paris der polnischen Angriffslust in unerhörter Weise Ausdruck verlieh, glaubt sich jeder der vielen politischen Generäle (allein der gegenwärtigen Regierung gehören drei Generäle als Minister an, die Berufung eines vierten wird erwartet) verpflichtet, auch seinerseits die „erfthaltigste strategische Position“ gegenüber dem westlichen Nachbar zu betonen.

Sikorski erklärte damals mit verblüffender Offenheit, daß Polen sein Heer in zwei Jahren von 45 auf 70 Divisionen zu bringen hoffe. Dieses Ziel ist, wenn auch stark verschleiert, schon nahezu erreicht. Die Heeresforderungen sind deshalb von Jahr zu Jahr erhöht worden. Sie betragen für das begonnene Etatsjahr 623 Millionen Zloty. Der Sejm hat sich aus Prestige-gründen zu einigen Streichungen ausgedrückt, so daß nur 610 Millionen für das Kriegsministerium bewilligt wurden. Dazu kommen 37 Millionen für das Grenzschutzkorps und 43 Millionen für die Militärbetriebe, die beide dem Innenministerium unterstellt sind. Um Pilsudski, den jetzigen Leiter des Kriegsministeriums, zu verführen, beschloß der Sejm, bei Erzielung von Ueberschüssen in den anderen Ministerien oder bei allgemeinen Ersparnissen im Staatshaushalt die für den Heeresbedarf bestimmten Beträge um weitere 80 Millionen zu erhöhen. Die reinen Heeresausgaben betragen demnach, je nachdem, ob man die 80 Millionen hinzu nimmt oder nicht, 35 bzw. 39 Prozent der Gesamtausgaben.

Sieht man sich die Budgets der einzelnen Ministerien genauer an, so fallen die vielen indirekten Liebesgaben an die Armee auf. So wurden z. B. dem Finanzministerium 10 Millionen für die Pensionierung von 2000 Offizieren überwiesen, um dem Offiziersersatz die Wege frei zu machen. — Insgesamt sind 780 Millionen für militärische Zwecke bewilligt.

Auffallend ist die Höhe der einzelnen Beträge für Bewaffnung und Rüstungszwecke. Der offizielle Posten für Bewaffnung beträgt allerdings nur 48 1/2 Millionen. Es kommen aber hinzu: 8 Millionen für den Dispositionsfonds des Kriegsministeriums, 52 Millionen des Reservefonds und 17 Millionen außerordentliche Ausgaben und die bereits erwähnten 43 Millionen für die Militärbetriebe sowie die 80 Millionen, die nachträglich bewilligt werden sollen. Sachkundige Kritiker haben bei der Nachprüfung der Zahlen gefunden, daß die Ausgaben für die Erhaltung der Armee (Gehälter, Wähe, Verpflegung), selbst wenn von vornherein mit starker Erhöhung der einzelnen Posten gerechnet wird, überaus hoch eingesetzt sind und daß die erzielten Ueberschüsse ebenfalls den Rüstungen dienen sollen, so daß sich für Rüstungszwecke ein Gesamtbetrag von 200 Millionen ergibt.

Dieser Betrag soll verwendet werden für Befestigungsanlagen, hauptsächlich an der Westgrenze, für Vermehrung der Maschinengewehre, Infanteriebegleitgeschütze und Tanks.

Unter den ordentlichen Ausgaben des Kriegsministeriums befinden sich u. a. 7,7 Millionen für Schiffneubauten, die übliche 1 Million für die französische Militärmission und 13,6 Millionen für das Flugwesen.

Im Budget des Kriegsministeriums befindet sich unter den außerordentlichen Ausgaben auch der vielfach besprochene „Beschaffungsschöpfel“. Aus ihm werden die Kosten der militärischen Ausbildung der Jugend bestritten, für die Pilsudski sich neuerdings stark einsetzt. Schon vor Jahren wurde sie in verhüllter Form begonnen, indem unter stärkstem Druck „freiwillige“ Meldungen zur Teilnahme an den unter Leitung aktiver Offiziere eingerichteten Ausbildungskursen erreicht wurden. Alle älteren Gymnasialisten werden militärisch gebildet. Klassengruppen müssen mehrwöchentliche Schießübungen machen. Scharfschießen werden veranstaltet. Pfadfinderscharen und Schützengruppen der Sokol- und Schützenverbände

## Reichspostminister Dr. Schäbl über die Gebührenvorlage der Deutschen Reichspost

Berlin, 19. Mai. Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost begann heute die Besprechungen über die Gebührenvorlage. Reichspostminister Dr. Schäbl nahm einleitend das Wort zu längeren Ausführungen.

Er wies darauf hin, daß die gesamte Wirtschaft geschlossen gegen die Gebührenerhöhung Stellung genommen habe. Dieser einmütige Protest habe zugleich auch eine gute Seite. Er erblicke diese darin, daß die auf die Deutsche Reichspost vielleicht mit gewissem Interesse blickenden Kreise des Auslandes sich überzeugten, daß schon die jetzt vorgesehene Gebührenerhöhung von der deutschen Wirtschaft als untragbar abgelehnt würden und weitere Belastungen des deutschen Volkes durch Heranziehung der Deutschen Reichspost zu Dawesleistungen eine wirtschaftliche Utopie seien. Der Protest der deutschen Wirtschaft über den Standard hinaus vornehme, sondern lediglich nachhole, was alle Kreise der deutschen Wirtschaft ausnahmslos längst vollzogen hätten. Die Deutsche Reichspost dürfe für sich in Anspruch nehmen, daß sie durch das Festhalten am Zehnpennig-Tarif wesentlich zur Stabilisierung der Währung beigetragen habe, wofür allerdings keine Stimme der Anerkennung laut geworden sei. Die Deutsche Reichspost habe im deutschen Volk nunmehr vier Jahre lang den schönen Traum genährt, daß die Zehnpennig-Marke auch zehn Pfennig Wert hatte. Es müsse jedoch endlich offen ausgesprochen werden, daß dies eine objektive Unwahrheit war, an der die Deutsche Reichspost vier Jahre lang schwer zu tragen hatte. Sie habe ihren gesamten großen Bedarf jahraus, jahrein zu den durchweg erhöhten Preisen der Wirtschaft bezahlen müssen und habe selbst für ihre Leistungen nur etwa zwei Drittel und weniger dieser Ausgaben vereinnahmen können. Das sei die letzte Ursache der gegenwärtigen Finanzmiserie, in die die Deutsche Reichspost allmählich geraten sei, so daß sie für das laufende Haushaltsjahr bei einer Substanz von 1,2 Milliarden Mark 300 Millionen Mark Anleihe aufnehmen müsse. Es wäre ein sicheres Unrecht, wenn die deutsche Wirtschaft der Deutschen Reichspost verübeln wollte, daß sie sich nunmehr der allgemeinen Preisliste angleiche.

Dr. Schäbl wies weiter darauf hin, daß er dem Reichstag die Lage der Deutschen Reichspost als gesund, aber gespannt erklärt habe. Man habe ihm deshalb zahlreiche Vorwürfe gemacht und im Reichstag ein Mißtrauensvotum gegen ihn eingebracht. Der Reichspostminister verlas dann zur tatsächlichen Feststellung seiner im Hauptausschuß und im Reichstagsplenum gemachten Ausführungen Stellen aus seinen diesbezüglich Reden und erklärte mit Bestimmtheit, daß seine Darstellungen zutreffend waren. Wenn er heute einen anderen Standpunkt einnehme, so müsse er darauf verweisen, daß inzwischen eine Reihe von Veränderungen eingetreten sei, die die Finanzlage grundlegend beeinflusst hätten. Der Reichspostminister zählte dann die seit der Reichstagsstimmung aufgetretenen neuen Bedürfnisse der Reichs-

post, die zusammen den in der Begründung ausgeworfenen Betrag von 310 Millionen Mark ausmachen, auf und stellte weiter fest, daß sich die Finanzlage der Deutschen Reichspost in der letzten Zeit noch weiterhin verschärft habe. Er habe mit dem Reichskanzler und dem Reichsbankpräsidenten auf Grund der zahlreichen Proteste der Wirtschaft Fühlung dahin genommen, ob für den Fall der Ablehnung der Gebührenerhöhung der ungedeckte Bedarf der Deutschen Reichspost aus Anleihen gewonnen werden könnte.

Das Reichsbankpräsidium habe hierauf in einem an den Reichskanzler erstatteten Bericht die Begehung einer Inlandsanleihe in diesem Betrage auf lange Sicht für ausgeschlossen erklärt. Es würde also ein ungedeckter Bedarf von 480 Millionen vorliegen. Deckung dieses Bedarfs sei auf anderem Wege als durch Einnahmeerhöhung nicht möglich. Weitere Ausgaben zu machen ohne Deckung, könne und würde er nicht verantworten. Werde keine Deckung durch Gebührenerhöhung erzielt, so würde als letztes Ziel nur übrig bleiben, mit der notwendigen Rücklichtlosigkeit sofort jede weitere Ausgabe einzustellen, die gezielten Abschlässe möglichst rückgängig zu machen und das Bauprogramm stillzulegen. Den Schaden der verstellten Gebührenerhöhung hätte hiernach vor allem die Wirtschaft selbst. Das zur Warnung der Öffentlichkeit an die Wand gemalte Gespenst der Inflation sei nicht gegeben. Dafür habe er bündige Versicherungen des Reichsbankpräsidenten. Eine nennenswerte Wertverfälschung unserer Währung im Ausland sei durch die vereinzelt Preissteigerungen der letzten Zeit nicht zu verzeichnen. Außerdem sei die Deckung unserer Währung derart, daß eine Befürchtung der Inflation unbegründet sei. Die Entscheidung sei nicht etwa nur ein Problem der Wirtschaft, sondern auch eine Existenzfrage der Deutschen Reichspost.

Der Arbeitsausschuß trat hierauf in die Debatte ein, die sich voraussichtlich bis Sonnabend ausdehnen wird. Eine zweite Lesung wird der Arbeitsausschuß am 2. Juni beginnen, bevor die Gebührenvorlage an das Plenum des Verwaltungsrates geht.

### Oesterreichs Verhältnis zu Deutschland.

Wien. In der vom Bundeskanzler Dr. Seipel abgegebenen Regierungserklärung betonte der Redner unter großem Beifall, daß Oesterreich ganz besonders die Ausgestaltung seines Verhältnisses zum Deutschen Reich am Herzen liege. In geistiger Beziehung kann natürlich das Verhältnis nicht mehr enger werden. Wir sind, so sagte Dr. Seipel, ja mit ihm durch die gleiche Abstammung, gleiche Kulturentwicklung und gleiche Geschichte verbunden. Aber wir wünschen darüber hinaus alles zu fördern, was aus wirtschaftlichen oder anderen Gebieten die Annäherung der beiden Staaten zu einer engeren machen kann. (Beifall.) Wir werden streben, auf diesem Wege in dem Maße Fortschritte zu machen, als es nach der Zeitlage möglich und zulässig ist. Im übrigen stelle ich fest, daß die oesterreichische Außenpolitik sich weder in der Person ihres Leiters, noch in ihren Zielen und Methoden ändern wird.